

Schweiz: Das eindimensionale Land | Die Weltwoche, Ausgabe 33/2011 | Samstag, 20. August 2011

# DIE WELTWOCH

Schweiz

## Das eindimensionale Land

Von Urs Paul Engeler - In breiter Front marschieren vor den Wahlen die Sprachpolicisten auf und erlassen Denk-, Bild- und Wortverbote. Es regiert die Angst vor der freien Debatte.

*Von Urs-Paul Engeler*



Neue Tabus: SVP-Anzeige, 2011. *Bild: SVP*

Abt Martin Werlen aus Einsiedeln verbannt die Exponenten, Anhänger, Wählerinnen und Wähler der Schweizerischen Volkspartei (SVP) in die Hölle oder zumindest ins Fegefeuer. Denn wer «Menschen aus anderen Nationen, Kulturen oder Religionen» verachte, wettete Werlen zur Feier des 1. August im thurgauischen Eschenz, der verleugne den christlichen Glauben. Wer einen einzigen Menschen verachte, verachte Christus, fuhr der Gottesmann fort – um dann direkt gegen die SVP zu predigen zu kommen: «Wenn Verantwortliche in Wirtschaft und Politik auf Plakatwänden als Verbrecher dargestellt werden, nicht weil sie sich ausserhalb des Gesetzes bewegen, sondern weil sie der Parteilinie nicht entsprechen, so hat das mit Verachtung zu tun. Wenn Menschen aus anderen Nationen, Kulturkreisen oder Religionen auf Plakatwänden als Gefahr oder gar als Ungeziefer dargestellt werden, so hat das mit Verachtung zu tun.»

Bischofskollege Felix Gmür (Bistum Basel) hatte bereits früher Teile des SVP-Programms als «nicht christlich» verflucht. Christen, die vor dem Jüngsten Gericht bestehen wollen, dürfen demnach kein politisches Wort verwenden, das nach Meinung der Kirchenfürsten jemanden verletzen könnte. Sie müssen, wollen sie problemlos ins Himmelreich einziehen, eine andere

Partei wählen.

Mit dem offiziellen Logo und mit dem Geld der Schweizerischen Eidgenossenschaft rufen eine ultralinke Gewerkschafterin, die Präsidentin des steuergeldfinanzierten Forums für die Integration der Migrantinnen und Migranten, ein Vertreter muslimischer Organisationen sowie der unvermeidliche Europa-Professor Georg Kreis als Präsident der Kommission gegen Rassismus zu «Fairplay im Wahlkampf» auf: Ein «ausgrenzender Wahlkampf», heisst es auf Bundespapier, «fördert Konflikte und ist der politischen Diskussion nicht dienlich». In detaillierten Ausführungen werden die SVP-Wähler als «Brandstifter» und «schlechte Patrioten» charakterisiert. Sie hätten den Nährboden für das Attentat in Norwegen mit gelegt: «Dass nun die Frage der Verantwortung der rechtspopulistischen Parteien gestellt wird, ist völlig legitim und nötig.»

Die bundesrätliche Variante des korrekten Diskurses trug Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf in ihrer Ansprache zur Bundesfeier vor: Wer den Konflikt suche und nicht den Kompromiss, betreibe «Miesmacherei» und passe nicht zur Schweiz.

Die Front vor dem Wahlherbst ist aufgestellt: hie die Guten, Gottesfürchtigen, politisch Korrekten, Gerechten – dort die Unruhestifter, die Themen benennen und plakativ darstellen, die man nicht ansprechen sollte. Diese subtile Form der Ausgrenzung von Problemen, Parteien und Parolen ist alles andere als neu. Alt ist auch der Verlauf der Machtlinie: Oben und in den Etagen der Macht sitzen die Vernünftigen mit der «richtigen» Sprache; unten lärmt die unanständige Opposition. Oder: Drinnen verteufelt draussen.

### **Manipulation der Gehirne**

Die kaum sichtbare, aber wirksame Ordnung der Gesellschaft über die Sprache und die Bilder hat schon der deutsch-amerikanische Marxist, Philosoph und Papst der 68er Bewegung, Herbert Marcuse (1898–1979), beschrieben, insbesondere in seinem Standardwerk «Der eindimensionale Mensch» (1964, deutsch 1967). Das (kapitalistische) politische System mit seinen Widersprüchen, so lehrte Marcuse die aufbegehrenden Studenten, funktioniere nur aufgrund der Manipulation der Gehirne. So werde ein gesellschaftlicher Konformismus, ein scheinbarer Konsens, produziert.

Das verkappte Instrument der sozialen Kontrolle und der politischen Herrschaft, so Marcuse, seien die Wörter und Begriffe. Es sei die öffentliche Sprache, welche «die Richtung festlegt, in welcher sich der Denkprozess bewegt». Die «vereinheitlichte» offizielle Sprache und Kommunikation, die als einzig normale gelten dürfe, immunisiere sich gegen jeden Ausdruck

von Protest und Weigerung. Sie fungiere als Mittel der «Gleichschaltung» sowie der «Repression» oder der «Einschüchterung» und sei immer ein «Kontrollinstrument», selbst dann, wenn vermeintlich neutrale Informationen vermittelt würden.

So dass der Vordenker der 68er Revolution zum Streit um die Worte aufruft: Der «Bruch mit dem Kontinuum der Herrschaft muss ebenso ein Bruch mit deren Vokabular sein», da «alle Kommunikation von der eindimensionalen Gesellschaft monopolisiert und für gültig befunden wird». Weil die von oben vorgegebene, einzige politisch korrekte Sprache nur die aktuellen Machtverhältnisse stützt und gar legitimiert, gehören der Gebrauch und die Durchsetzung einer neuen Sprache (mit andern Themen, Akzenten und Problemen) zu den Aufgaben der Opposition. Sonst kommt sie nicht aus dem Denkgefängnis heraus.

Die gelehrigen Jünger haben seine Doktrin befolgt und – ihren Leitbegriffen folgend – die Wörter und Werte «umgepolt» oder eben die «Begriffe besetzt». Nach dem «Durchmarsch» durch die institutionelle Sprache beherrschen sie – zusammen mit der allzeit anpassungswilligen Mitte – die öffentliche Kommunikation, von der Schule über die Universitäten und die Mainstream-Medien bis zu den unzähligen behördlichen «Informations»-Diensten.

### **Obrigkeitsliche Normsprache**

Die Werlen-Widmer-Schlumpf-Gmür-Gewerkschafts-Kreis-Sprache bildet also keine bessere Welt, höhere Werte oder gar eine Wahrheit ab. Sie ist plump parteiisch wie die Sprache der Herausforderer. Was durch zwei neckische Details bestätigt wird: Auch der grüne Nationalrat Daniel Vischer, der eben den Aufruf gegen den «Schurkenstaat» Israel («Israelische Produkte? Kaufe ich nie!») lanciert hat, führt den Appell gegen Ausgrenzung an. Zuvorderst dabei bei den Manierlichen ist auch der Berner Hass-Rapper Greis, der sich vor den Wahlen 2007 während der gewalttätigen Anti-SVP-Demo als Aufhetzer und Einpeitscher profiliert hat.

Die Normsprache setzt den Bürgern eine Brille mit obrigkeitlich vorgeprägter Optik auf und formt die Gedanken der Menschen, und dies äusserst effizient. Der deutsche Soziologe Helmut Schelsky (1912–1984), der in jungen Jahren die Entwicklung der nationalsozialistischen Sprache aktiv begleitet hatte, wusste, wovon er schrieb: «Die Sprachherrschaft in der unmittelbar aktuellen Politik erwirbt, wer die Wortfelder besetzen kann, in denen die tagesfälligen Konflikte ausgetragen werden. Wer hier dem anderen die Worte vorschreiben oder vorreden kann, hat schon gesiegt.» In der Demokratie ist die Meinung die Macht.

Die Glättung der Sprache, die Entfernung von «unkorrekten» und emotionalisierenden

Wörtern, wie sie derzeit von oben diktiert wird, und die Klagen über einen «polarisierenden» Politstil sind eine relativ junge Angelegenheit. Ein Blick auf alte Abstimmungs- und Wahlplakate genügt, um die schonungslose Härte früherer Auseinandersetzungen zu sehen. So war der Stiefel, der heute gutmenschlichen Gemütern missfällt, ein beliebtes bis übliches Plakat-Sujet. 1918 zermalmte ein grober Schuh den armen kleinen Mann («Nein zur Steuergesetzrevision»). 1935 warnte ein nazibraun eingefärbter Stiefel die Bürger vor der Fronteninitiative. 1937 trat ein Schweizer Schuh «Gegen die Macht der Geheimgesellschaften: Freimaurerverbot JA». Und, ohne dass Anstandswächter eingegriffen hätten, wurden schon 1921 die Sozialdemokraten, welche die Militärjustiz abschaffen wollten, als gefährliche rote Ratten gezeichnet, die im Untergrund an den Wurzeln der guten Ordnung nagen. Um 1942 das SP-Begehren einer «Volkswahl des Bundesrates» zu bekämpfen, wurde die Schweiz gar in Flammen gesetzt.

In Bibliotheken sind die legendären Fehden zwischen der freisinnigen NZZ und dem sozialdemokratischen Volksrecht oder zwischen dem Bund und der linken Berner Tagwacht nachzulesen. Die Charakterisierungen der politischen Gegner gerieten oft zu Verunglimpfungen, und zwar nicht nur in Karikaturen. Selbst eine auffällige Frequenz von Wirtshäusern oder Besuche in zweifelhaften Etablissements wurden den Lesern kundgetan.

In einer Untersuchung über die Parteiensprache in der Zwischenkriegszeit qualifizierte ein Berner Politologe die Sprache der Sozialdemokraten und Gewerkschafter als «schroff» und «aggressiv», als reine Protestsprache mit «Klassenkampfvokabular» und Mobilisierungsfunktion: «Wir müssen die Leute zum Kampf peitschen.» Im Unterschied zu den formelhaften Streitparolen von links habe die Rhetorik der (fast uneingeschränkt herrschenden) Freisinnigen der politischen Norm entsprochen, die sich an der «Gesamtheit» mit «integrierender Wirkung» orientiert habe. Die FDP-Sprache sei im «Gewande der Mässigung, oft der Nüchternheit» erschienen, die gefühlsneutrale Begriffe wie «Bevölkerung» oder «Einwohnerschaft» gebraucht habe.

### **Kampfbegriff «Volk»**

In Wirklichkeit gab und gibt es keine FDP-Sprache und keine SP-Sprache, sondern die Artikulation von oben und jene von unten. Die Sprache der Mächtigen war schon damals die dominierende und galt als objektive Sprache; die Sprache der Opposition war stets die minderwertige Hetze übler Aufwiegler.

Wie rasch diese Vorzeichen wechseln können, lässt sich am schönen Terminus «Volk»

nachweisen. Während die Freisinnigen in den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der Zwischenkriegszeit meist vom «Bürger» sprachen und von der besonnenen «Bürgerschaft», berief die Sozialdemokratie sich explizit immer wieder auf das «Volk» und eine «Volksherrschaft», «wo die Souveränität wirklich und uneingeschränkt beim Volke liegt», wie das Volksrecht 1918 schrieb. Der echte Volkswille müsse die bürgerliche «Scheindemokratie» (so wörtlich der Basler Vorwärts!) ersetzen. In der konsensualen Nachkriegszeit verschwand der Kampfbegriff «Volk», obwohl für das demokratische System von Bedeutung, aus dem politischen Wörterbuch; die neutrale «Gesellschaft» löste ihn ab. Wenn die SVP nun das «Volk» als massgeblichen politischen Faktor reaktiviert, so kopiert sie nur die im Kampf gegen die damalige «Bourgeoisie» oder das Establishment erfolgreiche Wortwahl der Linken. Heute heisst der Gegner der Angreifer und Veränderer «Classe politique».

Warum nach dem Zweiten Weltkrieg die politische Sprache ihrer Aussagekraft und Emotionalität beraubt wurde sowie – die Probleme und Konfliktlinien verschleiern – nivelliert, ja zu einem künstlichen Konsens-Kodex reduziert wurde, hat noch niemand untersucht. Einen Teil mag der Schrecken nach der Herrschaft Hitlers beigetragen haben, die man mit der Versachlichung und Entnazifizierung der Sprache und der Bildsymbole für alle Zeiten verhindern wollte. Ein anderer Grund ist wohl der umfassende moderne Wohlfahrtsstaat, der das Einverständnis fast aller Parteien und Interessen fördert und fordert.

Dass diese Scheinneutralität der öffentlichen Sprache gewahrt bleibt, dafür sind omnipräsente Sprachpolizisten, Gesinnungswächter und Gehirnwäscher besorgt: Offizielle Regierungsstellen wie die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) erlassen Direktiven des korrekten Sprachgebrauchs. Private Komitees loben das «Wort des Jahres» und geisseln das «Unwort des Jahres». Vor einigen Jahren bejubelte die Schweizer Politwort-Jury die (faktenwidrige) Losung der Linken, «Rentenkla», und verdamnte die (sachlich gerechtfertigte) Kritik der SVP am Missbrauch der IV: «Scheininvalid». Aus dem Wortschatz gestrichen werden sollte das «Unwort» nicht aus ästhetischen oder sprachlogischen Gründen, sondern weil es eine Wirklichkeit benannte, die Mitte-links nicht thematisieren wollte.

«Das politische Wortverbot und die politische Sprachverfolgung», wie Philosoph Hermann Lübbe die Taktik kritisierte, bestimmte Themen vorsorglich zu tabuisieren, ist zweifellos der hinterhältigste Trick in der öffentlichen Debatte. Schwächlinge, Versager und Feige greifen zu diesem Mittel. Die offene und ehrliche demokratische Auseinandersetzung kann nur funktionieren, wenn Sprache und Bilder frei sind. Die Grenze gibt allein das Recht vor, nicht

aber Bundesrätinnen, Kirchen und andere Kreise.

Hören Sie diesen Artikel auf [www.weltwoche.ch/audio](http://www.weltwoche.ch/audio)

## Kommentare

*+ Kommentar schreiben*

### **Rainer Selk**

19.08.11 | 18:36 Uhr

2/ und weitere Beispiele lassen sich zahllos ergänzen. Bestimmte gewünschte Formulierungs- und Denkart werden als gegeben vorausgesetzt oder hingenommen. Alles läuft in Richtung 'Neudenk' nach George Orwell, 1984!

### **Rainer Selk**

19.08.11 | 18:34 Uhr

Herr Alexander, absolut richtig. Und dem ist noch hinzuzufügen, dass 'Gesellschaften' nach gängigem Verständnis gewinnorientiert sein sollten. Ein Volk ist das nicht, denn dessen Werte können nicht mit Geld gleichgesetzt werden.

Wir sind unserer Sprache völlig ab der Inhaltsrolle. Z.B. wird bei Linksextremen von 'Links-Aktivisten' oder 'Linksautonomen' gesprochen, nicht so bei Rechten, denn die sind per se alle Extremisten. Und wie schnell ist unser SRF bei der Hand, wenn es um den Begriff 'Regime' geht. die indirekte Abwertung bzw. linke Zuordnung hat System, ist aber nicht 'systemisch'.

### **Rainer Selk**

19.08.11 | 15:17 Uhr

Dass sich Abt. Verlen eine solche Beurteilung herausnimmt, ist possenhaft. Wenn man ihn in Diskussionen, z. B. im Club hört, weiss man nie so recht, was oder wen er eigentlich vertritt.

Da wird eine Profillosigkeit der allumfassenden Unsicherheit gespielt. Ich sage 'gespielt', weil er als Amtsträger der kathol. Theologie (auch bezeichnet als 'die Wissenschaft von Gott) unterworfen ist. So ist dann klar, dass unter der Kutte knallharte Interessen vertreten werden. Nur welche Politischen, etwa der CVP? Über der liegt ein Tief, das 'hinten' nicht mehr hochkommt.

### **Nick Alexander**

19.08.11 | 10:21 Uhr

Wenn der Terminus Volk heute von einigen Parteien gemieden wird, hat das auch politische Gründe. Der Terminus Volk hat eine ethnische Komponente. Wenn sich die CVP um die Kosovaren als Wählergruppe bemüht oder die SP das Ausländerstimmrecht fordert, können sie sich eben nicht mehr auf Ein Volk beziehen. Man spricht